

Verkündungsblatt 21|2015

Ausgabedatum 23.10.2015

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen vom 18.09.2009 Seite 2
(Berichtigung des Verkündungsblattes 18/2015 vom 28.09.2015)

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

C. Hochschulinformationen

Ordnung zur IT-Organisationsstruktur für die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover Seite 40

Die geänderte Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen, in korrigierter Fassung veröffentlicht im Verkündungsblatt 18/2015 vom 28.09.2015, wird nachstehend in erneut berichteter Fassung bekannt gemacht:

**Änderung der Prüfungsordnung für den
Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen
vom 18.09.2009**

Die Fakultät für Architektur und Landschaft, die Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, die Fakultät für Maschinenbau, die Fakultät für Mathematik und Physik, die Naturwissenschaftliche Fakultät und die Philosophische Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover haben gemäß §§ 7 Abs. 3, 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Prüfungsordnung erlassen.

**Erster Teil: Bachelorprüfung
§§ 1 – 6 entfallen**

Zweiter Teil: Masterprüfung

§ 7 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

(1) ¹Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat, die fachlichen Zusammenhänge des Faches überblickt und die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuwenden. ³Durch die Masterprüfung soll ferner festgestellt werden, ob der Prüfling die didaktischen und bildungswissenschaftlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des Vorbereitungsdienstes für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erworben hat.

(2) Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover den akademischen Grad „Master of Education (M. Ed.)“.

§ 8 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 120 ECTS-Leistungspunkte (Leistungspunkte) zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in vier Semester.

§ 9 Aufbau und Inhalt der Prüfung

(1) ¹Die Masterprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus den Pflicht- und Wahlpflichtmodulen, die in den Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik nach Anlage A, den beruflichen Fachrichtungen nach Anlage B, dem Unterrichtsfach nach Anlage C und dem Modul Masterarbeit nach Anlage D zu erbringen sind. ³Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulkatalog bzw. aus dem Vorlesungsverzeichnis.

(2) Das Masterstudium gliedert sich in:

- die berufliche Fachrichtung im Umfang von 42 Leistungspunkten (Anlage B),
- das Unterrichtsfach im Umfang von 28 Leistungspunkten (Anlage C),
- die Bildungswissenschaften und die Berufs- und Wirtschaftspädagogik im Umfang von 30 Leistungspunkten (Anlage A)
- das Modul Masterarbeit im Umfang von 20 Leistungspunkten (Anlage D).

(3) ¹Im Rahmen des Masterstudiums sind in der beruflichen Fachrichtung (Anlage B) ein vierwöchiges schulisches Praktikum und im Unterrichtsfach (Anlage C) ein zweiwöchiges schulisches Praktikum zu absolvieren. ²Mit dem Nachweis der erfolgreich abgeleiteten Praktika werden 3 Leistungspunkte für das Praktikum im Unterrichtsfach und 6 Leistungspunkte für das Praktikum in der beruflichen Fachrichtung vergeben. ³Die Praktika werden im Rahmen eines Moduls mit einer begleitenden Lehrveranstaltung erbracht.

§ 10 Masterarbeit

(1) ¹Das Modul Masterarbeit (Anlage D) besteht aus der Masterarbeit und einer mündlichen Prüfung. ²Die Masterarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der gewählten beruflichen Fachrichtung oder dem gewählten Unterrichtsfach oder den Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Thema und Aufgabenstellung der Masterarbeit müssen dem Prüfungszweck (§ 7 Abs. 1) und der Bearbeitungszeit nach Absatz 2 entsprechen. ⁴Für das bestandene Modul Masterarbeit werden 20 Leistungspunkte vergeben. ⁵Wird die Masterarbeit in dem gewählten Unterrichtsfach oder in der gewählten beruflichen Fachrichtung geschrieben, so kann das Thema in der Fachwissenschaft oder in der Fachdidaktik oder in einer Kombination aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik gestellt werden.

(2) ¹Die Masterarbeit ist binnen vier Monaten nach der Ausgabe des Themas abzuliefern. ²Bei empirischen oder experimentellen Arbeiten kann auch eine Dauer von sechs Monaten vorgesehen werden. ³Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von vier Wochen von zwei Prüfenden zu bewerten. ⁴Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen zurückgegeben werden.

(3) Bei der Abgabe der Masterarbeit ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden, alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

(4) ¹Die mündliche Prüfung im Rahmen des Moduls Masterarbeit wird von zwei Prüfenden abgenommen. ²Eine oder einer der beiden Prüfenden muss die Fachwissenschaft der gewählten beruflichen Fachrichtung oder des gewählten Unterrichtsfaches vertreten, die oder der zweite Prüfende muss die Didaktik der gewählten beruflichen Fachrichtung oder des gewählten Unterrichtsfaches oder die Bildungswissenschaften (Berufs- und Wirtschaftspädagogik) vertreten. ³Ausnahmsweise können die Prüferin oder der Prüfer auch die Fachdidaktik des Unterrichtsfachs und der beruflichen Fachrichtung vertreten. ⁴In der mündlichen Prüfung soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, die im Studium erworbenen Kompetenzen systematisch in Bezug zur Schulpraxis zu setzen und über relevante Aspekte seines späteren Berufsfeldes in einen kritisch-diskursiven Dialog treten kann. ⁵An der Prüfung können Vertreterinnen und Vertreter der Schulbehörde, von ihr beauftragten Personen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und der Katholischen Kirche beobachtend teilnehmen, sie dürfen jedoch keine Prüfungsfragen stellen und nicht an der anschließenden Beratung teilnehmen. ⁶Für die Prüfenden kann die oder der Studierende Vorschläge machen. ⁷Diesen soll nach Möglichkeit entsprochen werden. ⁸Die fächerübergreifende mündliche Prüfung dauert insgesamt ca. 60 Minuten und kann vor oder nach der Masterarbeit abgelegt werden.

§ 11 Bestehen und Nichtbestehen

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die in § 9 in Verbindung mit den Anlagen genannten Module einschließlich des Moduls „Masterarbeit“ bestanden sind und mindestens 120 Leistungspunkte erworben wurden.

(2) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung, die nach § 9 erforderlich ist, gemäß § 16 nicht mehr möglich ist.

Dritter Teil: Gemeinsame Vorschriften

§ 12 Zulassung

(1) ¹Für die Masterprüfung (Prüfung) ist zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen sind den fachspezifischen Anlagen zu entnehmen.

(2) ¹Die Zulassung wird versagt, wenn eine Prüfung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs vergleichbar ist, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden wurde. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.

(3) ¹Die Zulassung zum Modul Masterarbeit muss gesondert beantragt werden, wobei die Masterarbeit und die mündliche Prüfung unabhängig voneinander angemeldet werden können. ²Die Zulassung zum Modul Masterarbeit (Masterarbeit und mündliche Prüfung) setzt voraus, dass im Rahmen der Masterprüfung mindestens 75 Leistungspunkte erworben wurden und berufspraktische Tätigkeiten im Umfang von 52 Wochen nachgewiesen werden. ³Ist eine Fremdsprache Unterrichtsfach, so ist in einem Land, in dem die Sprache Amtssprache ist, ein dreimonatiger studienrelevanter Auslandsaufenthalt zu absolvieren.

(4) Die Zulassung nach Abs. 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.

§ 13 entfällt

§ 14 Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind Masterarbeiten, sowie die nachstehenden Leistungen:

1. Klausur (Abs. 3),
2. Mündliche Prüfung (Abs. 4),
3. Referat (Abs. 5),
4. Hausarbeiten (Abs. 6),
5. Laborübung (Abs. 7),
6. Seminararbeit (Abs. 8),
7. Projektbericht (Abs. 9)
8. Präsentation (Abs. 10),
9. Sportpraktische Präsentation (Abs. 11),
10. Bestimmungsprüfung, -übung (Abs. 12),
11. Exkursionsbericht (Abs. 13.)
12. Praktikumsbericht (Abs. 14),
13. Testate (Abs. 15)
14. Portfolio (Abs. 16)
15. Vortrag (Abs. 17)
16. Bericht (Abs. 18)
17. Kolloquium (Abs. 19)
18. Essay (Abs. 20)
19. Protokoll (Abs. 21)

(2) ¹Studienleistungen sind insbesondere, Hausübungen, Präsenzübungen, Praktikumsberichte, Klausuren, Vorträge, Referate und Hausarbeiten, die der laufenden Leistungskontrolle dienen. ²Die Studienleistung beinhaltet in der Regel die regelmäßige Teilnahme an der dazugehörigen Lehrveranstaltung. ³Die zu erbringenden Studienleistungen werden in den jeweiligen Modul- und Veranstaltungsbeschreibungen näher erläutert und von den Lehrenden in Absprache mit den Studierenden spätestens mit Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt.

(3) ¹Eine Klausur ist eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht. ²Die Dauer richtet sich nach den fachspezifischen Anlagen. ³Abweichend von den fachspezifischen Anlagen können Klausuren in begründeten Fällen auch durch mündliche Prüfungen ersetzt werden. ⁴Die Entscheidung darüber trifft die oder der Lehrende.

(4) ¹Die Dauer der mündlichen Prüfungsleistung richtet sich nach den Anlagen. ²Sie findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ³Die wesentlichen Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁴Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung

unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁵Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Prüfling. ⁶Auf Antrag eines Prüflings sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 4 auszuschließen.

(5) Ein Referat umfasst:

- a) eine eigenständige und vertiefte, ggf. schriftlich dargestellte Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur.
- b) die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse im Vortrag sowie in der anschließenden Diskussion.

(6) ¹Eine Hausarbeit ist eine selbständige verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung. ²Der Umfang und die Bearbeitungszeit richten sich nach den fachspezifischen Anlagen.

(7) ¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen. ²Nach Maßgabe der fachspezifischen Anlagen können eine Mindestanwesenheit und Kurzprüfungen verlangt werden, wobei Abs. 4 nicht für mündliche Kurzprüfungen gilt.

(8) ¹Eine Seminararbeit kann nach näherer Bestimmung der fachspezifischen Anlagen eine experimentelle, dokumentarische oder darstellende wissenschaftlich-praktische Leistung (Projekt) sein. ²Der zeitliche Umfang ist in den fachspezifischen Anlagen geregelt.

(9) Ein Projektbericht umfasst die Darstellung und Reflexion der Konzeption, Planung, Organisation des Projektablaufs und die Darstellung und Reflexion der erzielten Projektergebnisse.

(10) ¹Eine Präsentation umfasst die Aufarbeitung eines vorgegebenen Themas mit Hilfe geeigneter Medien und ggf. eine Darbietung im mündlichen Vortrag. ²Die Dauer des mündlichen Vortrags ist in den fachspezifischen Anlagen geregelt. ³Sieht die Fachspezifische Anlage eine Präsentation mit Ausarbeitung vor, muss eine schriftliche Ausarbeitung die Präsentation ergänzen.

(11) ¹Eine Sportpraktische Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung statt. ²Die Dauer richtet sich nach den fachspezifischen Anlagen. ³Absatz 4 Sätze 3 bis 6 gelten entsprechend.

(12) ¹Eine Bestimmungsprüfung, -übung ist eine selbständige Determination von tierischen und pflanzlichen Organismen anhand von Bestimmungsschlüsseln bis zu einem vorgegebenen taxonomischen Niveau. ²Die Bearbeitungszeit bzw. der Umfang ist jeweils in den fachspezifischen Anlagen geregelt.

(13) ¹Ein Exkursionsbericht ist eine schriftliche Ausarbeitung über ein allgemeines oder angewandtes Thema mit Bezug zum Exkursionsraum. ²In den Exkursionsbericht sollen Beobachtungen einfließen und interpretiert werden, welche die Studierenden während der Exkursion gemacht haben.

(14) ¹In einem Praktikumsbericht sollen die Vorbereitung, Durchführung und kritische Reflexion des Praktikums schriftlich dargestellt werden. ²Der Umfang ist in den fachspezifischen Anlagen festgelegt.

(15) ¹Testate können ergänzend zur Bewertung einer Prüfungsleistung herangezogen werden. ²Sie sind genau einer Prüfungsleistung zugeordnet und dienen der studienbegleitenden Kontrolle des Lernfortschritts. ³In die Testatbewertung können Einzelkriterien wie Mindestanwesenheit, Hausübungen oder mündliche bzw. schriftliche Kurzprüfungen eingehen. ⁴Testatbewertungen werden nicht explizit im Zeugnis ausgewiesen, sie gehen nach Maßgabe des oder der Prüfenden in die Bewertung der Prüfungsleistung mit einem Gewicht von max. 25% ein. ⁵Ein Bestehen der Prüfung muss auch ohne Testatbewertung möglich sein. ⁶Erworbene Testatbewertungen können nach Maßgabe des oder der Prüfenden erhalten bleiben, auch wenn die Prüfungsleistung nicht bestanden wurde. ⁷Die Modalitäten zur Durchführung von Testaten und ihre Einbeziehung in die Prüfungsnoten sind von der oder dem zuständigen Prüfenden bis spätestens zu Veranstaltungsbeginn durch Aushang bekannt zu geben.

(16) ¹Portfolio als Studienleistung ist eine Zusammenstellung von Dokumenten als Lernbiographie mit dem Schwerpunkt der Reflexion. ²Portfolio als Prüfungsleistung ist eine Zusammenstellung von Dokumenten als Lernbiographie mit dem Schwerpunkt der Reflexion. ³In einer Portfolio-Prüfung stellt die oder der Lernende Teile aus dem vorliegenden Portfolio vor und kommentiert diese; die oder der Prüfende kann seinerseits Fragen zu den Inhalten stellen. ⁴Die Prüfung ist dabei kompetenz- und nicht defizitorientiert.

- (17) ¹In einem Vortrag soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, einen wissenschaftlichen Sachverhalt kurz und präzise darzustellen, und die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich kritischen Diskussion seinen Standpunkt zu verteidigen. ²Um eine objektive Bewertung zu gewährleisten, muss der Prüfling ein Manuskript des Vortrages vor dem mündlichen Vortrag bei der für den betreffenden Kurs verantwortlichen Dozentin oder dem Dozenten abgeben.
- (18) ¹Ein Bericht ist eine selbständige, vom Umfang begrenzte, wissenschaftliche Arbeit zu einem vorgegebenen Thema. ²Er beinhaltet Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung.
- (19) Das Kolloquium dauert ca. 30 Minuten und umfasst eine 20-minütige Präsentation und eine anschließende 10-minütige Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit.
- (20) ¹Ein Essay ist eine kritische, subjektive Auseinandersetzung mit einer literarischen oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt bzw. analysiert. ³Der Umfang richtet sich nach den Angaben in den Fachspezifischen Anlagen.
- (21) ¹Ein Protokoll ist eine selbständige, vom Umfang begrenzte, wissenschaftliche Arbeit zu einem vorgegebenen Thema. ²Es beinhaltet Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung.
- (22) Prüfungs- und Studienleistungen in Form von Gruppenarbeiten sind zulässig, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.
- (23) Bei der Abgabe von schriftlichen Prüfungsleistungen und Teilprüfungsleistungen ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit selbständig verfasst wurde und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden und alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind.
- (24) Sind in den fachspezifischen Anlagen in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann gem. § 14 Abs. 3 eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform spätestens zum Beginn der Meldefrist erfolgen.
- (25) ¹Während des Semesters können in Ergänzung zu den jeweiligen Prüfungsleistungen bis zu fünf kleine Leistungen in Form von Vorträgen, Präsentationen oder Kurzklausuren angeboten werden. ²Die Teilnahme der Studierenden ist freiwillig. ³Hat eine Studentin oder ein Student an einer oder mehreren Leistungen während des Semesters erfolgreich teilgenommen, wird das erreichte Ergebnis bei der Bewertung der Prüfungsleistung als Bonus berücksichtigt. ⁴Der Anteil der Leistung bzw. Leistungen darf maximal zu 20 v. H. in die Prüfungsnote eingehen. ⁵Die Anzahl sowie die Bewertung der Leistungen ist von den Prüfenden zu Beginn des Semesters anzugeben. ⁶Die Bestnote für die Prüfungsleistung kann auch ohne die Teilnahme an den Leistungen erreicht werden. ⁷Eine Nichtteilnahme an einzelnen Leistungen bzw. ein Nichtbestehen einzelner Leistungen führt nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtbewertung der Prüfungsleistung. ⁸Die ergänzenden Leistungen sind so zu gestalten, dass der innerhalb des jeweiligen Moduls in den Anlagen vorgesehene Zeitaufwand für Präsenz- und Selbststudium (Leistungspunkte) eingehalten wird.

§ 15 Anmeldung

Für jede Prüfungsleistung ist innerhalb des vom Prüfungsausschuss festgesetzten Zeitraums eine gesonderte Anmeldung erforderlich.

§ 16 Wiederholung

- (1) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann nach Wahl der oder des Prüfenden auch in einer anderen Prüfungsform gem. § 14 wiederholt werden; im Übrigen gilt § 14 Abs. 24 entsprechend.
- (2) ¹Eine nicht bestandene Masterarbeit oder die mündliche Prüfung im Modul Masterarbeit kann einmal wiederholt werden. ²Das neue Thema der Masterarbeit wird in angemessener Frist, in der Regel innerhalb von drei Monaten nach Bewertung der ersten Arbeit, ausgegeben. ³Für die Wiederholung der mündlichen Prüfung gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend.
- (3) ¹In der letzten Wiederholungsprüfung darf für eine Klausur nach § 14 Abs. 1 die Note "nicht ausreichend" nur nach mündlicher Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese mündliche Ergänzungsprüfung wird von zwei

Prüfenden abgenommen; im Übrigen gilt § 14 Abs. 4 entsprechend. ³Nach mündlicher Ergänzungsprüfung kann maximal die Note "ausreichend (4,0)" vergeben werden. ⁴Die mündliche Ergänzungsprüfung bezieht sich auf die gleiche Thematik, die in der vorausgegangenen Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde und soll in dem Semester stattfinden, in dem die vorausgegangene Wiederholungsprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde. ⁵Die Dauer der mündlichen Ergänzungsprüfung beträgt in der Regel 15 Minuten. ⁶Die mündliche Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der Klausur §§ 17 und 18 Anwendung fanden.

§ 17 Versäumnis, Rücktritt

(1) ¹Der Rücktritt von einer Anmeldung zu einer Klausur kann bis zum Beginn der Prüfung erfolgen. ²Das Nichterscheinen zu einem festgesetzten Klausurprüfungstermin wird als Rücktritt gewertet. ³Der Rücktritt von einer mündlichen Prüfung muss spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin gegenüber der zuständigen Prüferin oder dem zuständigen Prüfer erklärt werden. ⁴Der Rücktritt nach den Sätzen 1 bis 3 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.

(2) ¹Bei Versäumnis eines festgesetzten Abgabetermins oder bei Rücktritt von einer Prüfungsleistung entgegen Absatz 1 gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. ²Abweichend hiervon gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt triftige Gründe unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ³Im Krankheitsfall ist ein fachärztliches oder amtsärztliches Attest vorzulegen. ⁴Die Entscheidung über die Anerkennung der triftigen Gründe trifft der Prüfungsausschuss. ⁵In Fällen, in denen der Abgabetermin aus triftigen Gründen nicht eingehalten werden kann, kann der Prüfungsausschuss entscheiden, dass lediglich der Abgabetermin für die Prüfungsleistung um höchstens zwei Wochen hinausgeschoben wird, ohne dass die Prüfungsleistung als nicht unternommen gilt. ⁶Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss in begründeten Einzelfällen den Abgabetermin weiter hinausschieben.

(3) Der Rücktritt von einer Wiederholungsprüfung ist nur aus triftigen Gründen zulässig.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung zu beeinflussen, gilt die betreffende Studien- und Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Klausurbeginn ist stets ein Täuschungsversuch. ³In besonders schwerwiegenden Fällen – insbesondere bei wiederholten Plagiaten oder einem wiederholten Verstoß nach Satz 2 – kann der Prüfungsausschuss die zu prüfende Person von der Erbringung weiterer Prüfungs- oder Studienleistungen ausschließen.

(2) Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungs- oder Studienleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Leistung als mit „nicht bestanden“ bewertet.

§ 19 Bewertung und Notenbildung

(1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen vier Wochen bewertet. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Unbenotete Prüfungsleistungen werden mit "bestanden" oder "nicht bestanden" bewertet. ⁴Dabei sind folgende Notenstufen zu verwenden:

1,0; 1,3 = sehr gut = eine besonders hervorragende Leistung,

1,7; 2,0; 2,3 = gut = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,

2,7; 3,0; 3,3 = befriedigend = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,

3,7; 4,0 = ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,

5,0 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

⁵Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfungsleistung ist „nicht bestanden“.

(2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie bestanden, wenn beide die Prüfungsleistung mit mindestens "ausreichend" oder "bestanden" bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten.

(3) ¹Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich als arithmetisches Mittel der Gesamtnoten der beruflichen Fachrichtung nach Anlage B, des Unterrichtsfaches nach Anlage C, der Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik nach Anlage A und des Moduls Masterarbeit nach Anlage D. ²Dabei werden die in der Anlage aufgeführten Leistungspunkte als Gewichte verwendet. ³Die Gesamtnote lautet

bei einem Durchschnitt bis 1,5 sehr gut,

bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 gut,

bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 befriedigend,

bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 ausreichend,

bei einem Durchschnitt über 4,0 nicht ausreichend.

(4) ¹Die Gesamtnoten der beruflichen Fachrichtung, des Unterrichtsfaches sowie der Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik errechnen sich jeweils als arithmetische Mittel aller Noten der zugehörigen Module. ²Dabei werden die in den fachspezifischen Anlagen aufgeführten Leistungspunkte als Gewichte verwendet. ³Bei der Berechnung der jeweiligen Gesamtnote dürfen nur die Noten der Pflicht- und Wahlpflichtmodule in die Note eingehen, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 9 Abs. 2 erforderlich sind. ⁴Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 9 Abs. 2 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote einbezogen.

(5) Bei der Bildung der Note nach den Absätzen 2 bis 4 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 20 Leistungspunkte und Module

(1) Die in den Anlagen aufgeführten Leistungspunkte werden vergeben, wenn die geforderten Prüfungsleistungen bestanden und die zugehörigen Studienleistungen erbracht wurden.

(2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in der jeweiligen Anlage genannten Leistungspunkte bestanden. ²Die Modulnote wird gemäß § 19 Abs. 3 aus den Noten der im Rahmen des Moduls bestandenen benoteten Prüfungsleistungen gebildet.

§ 21 Zusatzprüfungen

¹Studierende können sich weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungs- und Studienleistungen unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Die Ergebnisse dieser Zusatzprüfungen werden auf Antrag in die Bescheinigungen gemäß § 24 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 22 Anrechnung

(1) ¹Bestandene und nicht bestandene Prüfungs- und Studienleistungen, die im Inland oder Ausland unternommen wurden, werden angerechnet, wenn die Institution, an der die Prüfungs- bzw. Studienleistung unternommen wurde, einer deutschen Hochschule gleichsteht und die auswärtige Leistung nach Umfang und Inhalt im Wesentlichen der Prüfungs- bzw. Studienleistung entspricht, für die eine Anrechnung begehrt wird oder wenn die Anrechnung von Amts wegen erfolgt. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bzw. der Prüferin oder des Prüfers einzuholen. ³Außerhalb des Studiums erbrachte berufspraktische Leistungen werden angerechnet, wenn sie gleichwertig sind.

(2) ¹Für angerechnete Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten angerechnet und gegebenenfalls Leistungspunkte entsprechend der Anlage 1 vergeben. ²Ist eine Notenumrechnung nicht möglich, bleibt die Prüfungsleistung unbenotet; dies gilt insbesondere im Fall des Abs. 1 Satz 3. ³Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.

(3) ¹Prüfungs- und Studienleistungen im Masterstudiengang, die außerhalb der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover erbracht wurden, werden im Umfang von zusammen höchstens 80 Leistungspunkten der nach § 9 erforderlichen Leistungspunkte angerechnet. ²Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag das nach dieser Prüfungsordnung zuständige Organ. ³Eine außerhalb der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover erbrachte Masterarbeit wird nicht angerechnet.

(4) ¹Ein einschlägiges an einer Hochschule abgeschlossenes Studium kann auf die fachwissenschaftlichen Module der beruflichen Fachrichtungen Elektrotechnik oder Metalltechnik angerechnet werden. ²Die im Zeugnis des ersten Studiums ausgewiesene Abschlussnote wird zur Berechnung der Gesamtnote nach § 19 Abs. 3 für die angerechneten Prüfungsleistungen übernommen.

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss der Prüfung wird den Studierenden auf Antrag Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Aushändigung des Zeugnisses oder des Bescheides über die endgültig nicht bestandene Prüfung zu stellen.

§ 24 Zeugnisse und Bescheinigungen

(1) ¹Über die bestandene Prüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt, das die Module und deren Noten, die Arbeit und deren Note sowie die Gesamtnote der Prüfung und die erworbenen Leistungspunkte enthält. ²Dem Zeugnis wird ein Verzeichnis der bestandenen Module (einschließlich der Masterarbeit) beigelegt. ³Das Verzeichnis beinhaltet die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen. ⁴Alle Noten werden zugleich als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁵Als Tag des Bestehens der Prüfung wird auf allen Dokumenten der Tag angegeben, an dem das letzte für die Berechnung der Gesamtnote relevante Modul erbracht worden ist. ⁶Das Ausstellungsdatum für Zeugnis und Bescheinigungen ist das Tagesdatum des Drucks. ⁷Mit gleichem Datum wird eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad und ein Diploma Supplement ausgestellt.

(2) Über die endgültig nicht bestandene Prüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.

(3) ¹In den Fällen der Abs. 1 und 2 sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestandenen Prüfungsleistungen, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Im Fall des Abs. 2 Alternative weist die Bescheinigung darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

(4) Alle Zeugnisse, Urkunden und Bescheinigungen werden in deutscher und in englischer Sprache ausgestellt.

§ 25 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation der Prüfungen und zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung wird aus Mitgliedern der am Studiengang beteiligten Fakultäten ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Über die Zusammensetzung entscheiden die am Studiengang beteiligten Fakultäten. ³Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Mitglieder, welche die Hochschullehrergruppe vertreten, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ⁴Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe ausgeübt werden; sie und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen der am Studiengang beteiligten Fakultäten gewählt. ⁵Das studentische Mitglied hat bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁶Die Studiendekaninnen und Studiendekane der am Studiengang beteiligten Fakultäten können mit beratender Stimme an den Sitzungen des Prüfungsausschusses teilnehmen.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. ²Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse des Prüfungsausschusses festzuhalten.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme der Prüfungen beobachtend teilzunehmen.

(5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ³Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit.

(7) ¹Alle zur selbständigen Lehre befugten Personen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sind ohne besondere Bestellung Prüfende. ²Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend. ³Der Prüfungsausschuss kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende Qualifikation besitzen.

(8) Der Prüfungsausschuss ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde Behinderung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen.

§ 26 Verfahrensvorschriften

(1) ¹Die allgemeinen Bestimmungen des Verwaltungsrechts sowie die gesetzlichen Regelungen zu Mutterschutz und Elternzeit finden im Prüfungsverfahren sinngemäß Anwendung. ²Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und bekannt zu geben. ³Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann binnen eines Monats nach Zugang des Bescheids Widerspruch eingelegt werden.

(2) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen fachliche Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch dieser oder diesem Prüfenden zur Überprüfung zu. ²Ändert die oder der Prüfende die Bewertung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. ³Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme der oder des Prüfenden insbesondere darauf, ob

1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

⁴Entsprechendes gilt, wenn sich der Widerspruch gegen die Bewertung durch mehrere Prüfende richtet.

(3) Über den Widerspruch soll innerhalb eines Monats entschieden werden.

(4) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 27 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium und nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2015 in Kraft.

§ 28 Übergangsvorschriften

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2009/2010 ihr Studium in diesem Studiengang aufgenommen haben oder in die Prüfungsordnung vom 18.09.2009 in der letzten Änderungsfassung gewechselt haben.

(2) ¹Für Studierende, die vor dem Wintersemester 2009/2010 ihr Studium aufgenommen haben und auf Antrag in diese Prüfungsordnung wechseln, gilt für die Dauer der Regelstudienzeit nach § 8:

²Die Wiederholung einer im 1. Prüfungsversuch bestandenen Modulprüfung zur Notenverbesserung ist nur einmal und nur in je einem Modul der beruflichen Fachrichtung, des Unterrichtsfachs und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik zulässig. ³Es zählt das jeweils bessere Ergebnis. ⁴Das Verfahren der Notenverbesserung gilt nicht für das Modul Masterarbeit.

Verzeichnis der Anlagen

A: Berufs- und Wirtschaftspädagogik

B: Berufliche Fachrichtungen

1. Bautechnik
2. Elektrotechnik
3. Farbtechnik und Raumgestaltung
4. Holztechnik
5. Lebensmittelwissenschaft
6. Metalltechnik
7. Ökotrophologie

C: Unterrichtsfächer

1. Biologie
2. Chemie
3. Deutsch
4. Englisch
5. Evangelische Religion
6. Katholische Religion
7. Mathematik
8. Physik
9. Politik
10. Sozial-/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung
11. Spanisch
12. Sport

D: Modul Masterarbeit

E: Glossar

A: Bildungswissenschaften und Berufs- und Wirtschaftspädagogik

1. Pflichtmodule

Die Prüfungsleistung eines Moduls kann erst erbracht werden, wenn alle dem Modul zugeordneten Lehrveranstaltungen besucht sind.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mastermodul 1: Voraussetzungen und Bedingungen beruflichen Lernens und Lehrens	1.1 Theorien und Konzepte zu Gestaltung beruflicher Lehr- Lernprozesse	Ab 1.		Studienleistung	M 20 oder H 15	12
	1.2 Berufliche Sozialisation			Studienleistung		
	1.3 Professionalisierung des Personals beruflicher Aus- und Weiterbildung			Studienleistung		
	1.4 Förderpädagogische Ansätze in der beruflichen Bildung			Studienleistung		
Mastermodul 2: System beruflicher Bildung	2.1 Historische, organisatorische und rechtliche Zugänge	Ab 2.		Studienleistung	M 20 oder H 15	9
	2.2 Qualitätssicherung und -entwicklung			Studienleistung		
	2.3 Schnittstellen und Übergänge der beruflichen Bildung			Studienleistung		
Mastermodul 3: Aktuelle Entwicklungen im System beruflicher Bildung	3.1 Nationale und internationale Perspektiven auf Strukturen beruflicher Bildung	Ab 3.		Studienleistung	M 20 oder H 15	9
	3.2 Reformansätze der beruflichen Aus- und Weiterbildung			Studienleistung		
	3.3 Berufsbildungsforschung			Studienleistung		
Summe						30

B: Berufliche Fachrichtung

1. Bautechnik

Prüfungsformen

- AA: Ausarbeitung
- DO: Dokumentation
- ES: Essay
- HA: Hausarbeit
- K: Klausur ohne Antwortwahlverfahren
- KO: Kolloquium
- LÜ: Laborübungen
- MP: Mündliche Prüfung
- PF: Portfolio
- PR: Präsentation
- R: Referat
- SG: Stegreif
- SL: Seminarleistung
- Ü: Übungen
- ZD: Zeichnerische Darstellung
- ZP: Zusammengesetzte Prüfungsleistung

1.1 Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fertigungstechnik Bau 2	Vorlesung	2	-	PR, Exkursion	K 90	5
Fachdidaktik 2	Vorlesung	3	-	HA	MP 30	5
Bauschäden	Vorlesung	3	-	K 90	-	4
Fachpraktikum	Seminar	3-4	-	Teilnahme Praktikum	Praktikums- bericht	8
Fachdidaktik 3	Vorlesung	4	-	HA	MP 30	5
Summe						27

1.2 Wahlpflichtmodule

Block 1:

Es ist ein Modul aus diesem Block zu studieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mikrotechnische Untersuchungen	Vorlesung, Laborübungen	1-4	-	Ü	MP	5
Bauwerkserhaltung & Materialprüfung	Vorlesung, Übung	1-4	-	-	K/ MP/ H/ ZP	5
Bauwirtschaft B	Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung	1-4	-	ES	AA, HA	5
Summe						5

Block 2:

Es ist ein Modul aus diesem Block zu studieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Entwurf und Konstruktion F	Baukonstruktion 4 Fassadenkonstruktionen	2 o. 4	-	AA	AA, ZD, PR, DO	5
Entwurf und Konstruktion G	Baukonstruktion 5 Erweiterte Baukonstruktion	2 o. 4	-	KU	KU, PR	5
Entwurf und Konstruktion H	Baukonstruktion 6 Workshop Baukonstruktion	2 o. 4	-	KU	SG	5
Entwurf und Konstruktion I	Baukonstruktion 7 Bau + Raumakustik	2 o. 4	-	Ü	AA, PR, DO	5
Entwurf und Konstruktion J	Erweiterte Baustoffkenntnis	2 o. 4	-	R	KO	5
Entwurf und Konstruktion K	Entwerfen von Tragwerken	2 o. 4	-	R, SG	KO	5
Summe						5

Block 3:

Es ist ein Modul aus diesem Block zu studieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Konstruktion und Technik A	Seminar Tragwerke in Leichtbauweise	1 o. 3	-	R, KU	KO 30	5
Konstruktion und Technik B	Seminar Nachhaltige Gebäudesysteme	1 o. 3	-	Ü	AA	5
Konstruktion und Technik C	Seminar Gestalt, Konstruktion und Technik	1 o. 3	-	R / KU	KO 30	5
Konstruktion und Technik D	Seminar mit baukonstruktiver Vertiefung	1 o. 3	-	R / KU	KO 30	5
Konstruktion und Technik E	Seminar Bauklimatik	1 o. 3	-	Ü	K 120	5
Energieeffizienz bei Gebäuden	Vorlesung, Übung	1 o. 3	-	-	K/ MP/ H/ ZP	5
Summe						5

B: Berufliche Fachrichtung

2. Elektrotechnik

2.1 Pflichtmodule

Die Zuordnung einzelner Lehrveranstaltungen zu den Modulen regelt der Kompetenzbereiche- und Modulkatalog (KuMoK) und das Vorlesungsverzeichnis für die Studiengänge in den Bereichen Elektrotechnik und Informationstechnik. Den Modulbeschreibungen sind Details über Qualifikationsziele, Lehrinhalte, -formen etc. der Module zu entnehmen.

Die Klausurdauer beträgt i. d. R. 25 Minuten pro Leistungspunkt. Die Dauer der mündlichen Prüfung soll i. d. R. 10 Minuten pro Leistungspunkt nicht überschreiten. Näheres regelt der Kurs- und Modulkatalog.

Die Art der Studienleistung wird, wenn nicht anders vermerkt, durch den Modulkatalog für die berufliche Fachrichtung „Elektrotechnik“ geregelt.

Modul		Lehrveranstaltungen		Empf. Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
E1	Nachrichtentechnik für LbS	E1.1	Grundlagen der Nachrichtentechnik	2	-	-	K oder M	4	8
		E1.2	Kommunikationstechnik für Lehrkräfte	3	-	-	K oder M	4	
E2	Energietechnik für LbS	E2.1	Energietechnik für Lehrkräfte I	1	-	-	M oder K	2	5
		E2.2	Energietechnik für Lehrkräfte II	2	-	-		3	
E3	Regelungstechnik	E3.1	Regelungstechnik	1	-	Studienleistung	K oder M	5	
E4	Fachdidaktische Praxis I	E4.1	Fachdidaktisches Experimentierlabor	1	-	Studienleistung	-	3	5
		E4.2	Schulversuche zur Energietechnik	2	-	Studienleistung		2	
E5	Fachdidaktische Praxis II	E5.1	Programmierpraktikum mit Unterrichtsbezug	2	-	Studienleistung	M oder K	3	7
		E5.2	Fachdidaktisches Projekt inkl. Fachpraktikum	3	-	Studienleistung		4	
Summe								30	

2.2 Wahlpflichtmodule

In folgenden Modulen muss zunächst eine Vertiefungsrichtung (Energietechnik (E), Automatisierungstechnik (A), Mikroelektronik (M)) gewählt werden, in der zwei Vorlesungen mit Übungen und ein Labor belegt wird. Die Festlegung der Vertiefungsrichtung erfolgt durch die Entscheidung für die erste Prüfungsleistung in einem von diesen Modulen (E: E6, E7; A: E8, E9; M: E10, E11). Bei den aufgeführten Veranstaltungen handelt es sich um Empfehlungen, sodass nach Absprache mit dem Modulverantwortlichen auch andere Lehrveranstaltungen belegt werden können, wobei keine Lehrveranstaltungen belegt werden dürfen, die bereits im Bachelorstudiengang durch eine Prüfungs- oder Studienleistung angerechnet wurden.

Vertiefungsrichtung Energietechnik

Modul		Lehrveranstaltungen		Empf. Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
E6	Vertiefungsmodul I - Energietechnik	E6.1	Elektrische Energieversorgung I	1	-	-	K oder M	4	
E7	Vertiefungsmodul II - Energietechnik	E7.1	Elektrische Antriebssysteme	2	-	-	K oder M	4	8
		E7.2	Labor: Elektrische Maschinen	2	-	Studienleistung		4	
Summe								12	

Vertiefungsrichtung: Automatisierungstechnik

Modul		Lehrveranstaltungen		Empf. Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
E8	Vertiefungsmodul I - Automatisierungstechnik	E8.1	Sensorik und Nanosensoren – Messen nicht-elektrischer Größen	1	-	-	K oder M	4	
E9	Vertiefungsmodul II - Automatisierungstechnik	E9.1	Prozessrechentchnik	2	-	-	K oder M	4	8
		E9.2	Labor: Sensorik – Messen nicht-elektrischer Größen	2	-	Studienleistung		4	
Summe								12	

Vertiefungsrichtung: Mikroelektronik

Modul		Lehrveranstaltungen		Empf. Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
E10	Vertiefungsmodul I - Mikroelektronik	E10.1	Grundlagen der Halbleiterbauelemente	1	-	-	K oder M	4	
E11	Vertiefungsmodul II - Mikroelektronik	E11.1	Logischer Entwurf digitaler Systeme	2	-	-	K oder M	4	8
		E11.2	Labor: Technische Informatik – Schaltungs- und Systementwurf	2	-	Studienleistung		4	
Summe								12	

B: Berufliche Fachrichtung**3. Farbtechnik und Raumgestaltung****3.1. Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Gestaltungstechnik 2	Vorlesung, Übung	2	-	Ü	2 PR	5
Beschichtungs- und Belegungstechnik 2	Vorlesung, Laborübung	2	-	LÜ	K 60 (67 %) PR (33 %)	5
Gestaltungstechnik 3	Vorlesung, Übung	3	-	Ü	K 60, PR	5
Fachdidaktik 2	Vorlesung	3	-	HA	MP 30	5
Bauschäden	Vorlesung	3	-	K 90	-	4
Fachpraktikum	Seminar	3-4	-	Teilnahme Praktikum	Praktikumsbericht	8
Fachdidaktik 3	Vorlesung	4	-	HA	MP 30	5
Summe						38

3.2. Wahlpflichtmodule

Es ist ein Modul aus dem Wahlpflichtbereich ist zu studieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Betriebsplanung und Organisation	Vorlesung, Übung	2 o. 4	-	LÜ, HA	K 120, PR 30	5
Mikrotechnische Untersuchungen	Vorlesung, Laborübungen	1 - 4	-	Ü	MP	5
Gestaltung und Darstellung E	Technische Darstellung 2	1 - 2	-	Ü	Ü, AA	5
Bauwirtschaft 1 Kostenplanung im Hochbau	Seminar	1-4		3 KU	HA	5
Bauwirtschaft 2 Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung	Seminar	1-4		Ü, ES	SL, DO	5
Bauwirtschaft 4 Projektmanagement	Seminar	1-4		Ü, ES	HA	5
Gestaltungstechnik 1 ¹⁾	Vorlesung, Übung	1		Ü	PR (33 %) K 90 (67 %)	5

¹⁾ nur für Studierende, die dieses Fach nicht im Bachelor belegt haben

B: Berufliche Fachrichtung**4. Holztechnik**Prüfungsformen

- AA: Ausarbeitung
 DO: Dokumentation
 ES: Essay
 HA: Hausarbeit
 K: Klausur ohne Antwortwahlverfahren
 KO: Kolloquium
 LÜ: Laborübungen
 MP: Mündliche Prüfung
 PF: Portfolio
 PR: Präsentation
 R: Referat
 SG: Stegreif
 SL: Seminarleistung
 Ü: Übungen
 ZD: Zeichnerische Darstellung
 ZP: Zusammengesetzte Prüfungsleistung

4.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fertigungstechnik Holz 3	Vorlesung, Übung	2	-	-	K 90 / MP 20	5
Bau- und Möbeldgestaltung	Vorlesung, Übung	2	-	HA	MP 30	5
Betriebsplanung und Organisation	Vorlesung, Übung	3	-	LÜ, HA	K 120, PR 30	5
Fachdidaktik 2	Vorlesung	3	-	HA	MP 30	5
Bauschäden	Vorlesung	3	-	K 90	-	4
Fachpraktikum	Seminar	3-4	-	Teilnahme Praktikum	Praktikumsbericht	8
Fachdidaktik 3	Vorlesung	4	-	HA	MP 30	5
Summe						38

4.2. Wahlpflichtmodule**Es ist ein Modul aus dem Wahlpflichtbereich zu studieren.**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	empfohlene Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Gestaltungstechnik 1	Vorlesung, Übung	1	-	Ü	PR (33 %) K 90 (67 %)	5
Gestaltung und Darstellung E	Technische Darstellung 2	1/ 2	-	Ü	Ü, AA	5
Bauwirtschaft 1 Kostenplanung im Hochbau	Seminar	1-4		3 KU	HA	5
Bauwirtschaft 2 Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung	Seminar	1-4		Ü, ES	SL, DO	5
Bauwirtschaft 4 Projektmanagement	Seminar	1-4		Ü, ES	HA	5
Bauverfahren und Sicherheitstechnik	Vorlesung, Übung	1 / 2	-	-	K/ MP/ H/ ZP	5

B: Berufliche Fachrichtung

5. Lebensmittelwissenschaft

5.1. Pflichtmodule

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar, Ü = Übung

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 19 Lebensmittelsicherheit	A) Qualitätsmanagement und Monitoring (V)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Experimentalseminar (S)					
L 20 Getränketechnologie und -sensorik	A) Getränketechnologie und -sensorik (S)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	6
	B) Experimentalseminar Getränkesensorik (S)					
L 21 Lebensmittelrecht und Verbraucherrecht	A) Vorlesung	ab 1. / einsemestrig		R oder HA	K 60 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	4
	B) Übung					
L 22 Marketing für Lebensmittelwissenschaft und Ökotrophologie	A) Grundlagen von Marketingkonzeptionen (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Exkursion und Übungen zu speziellen Marketingkonzeptionen					
L 23 Spezielle Humanernährung	A) Pathophysiologie und Pathobiochemie ernährungsassoziierter Erkrankungen (V)	ab 2. / einsemestrig		R	K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	6
	B) Einführung in Pharmakologie und Toxikologie (S)					
	C) Ernährung in Prävention und Therapie (S)					
L 24 Berufsfelddidaktik 1: Schulpraktische Studien	A) Vorbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 1. / einsemestrig			PB	6
	B) Durchführung des 2. Schulpraktikums (P)	4 Wochen				
L 25 Berufsfelddidaktik 2: Schulische Praxis	A) Nachbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Spezielle Fragen der Fachdidaktik und Methodik (S)					
Summe						37

5.2. Wahlpflichtmodule

Eines der Module ist zu wählen.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 26 Technik und Ökologie in der Großküche	A) Technische und ökologische Grundlagen (V)	ab 1. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar (S)					
L 27 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung	A) Theorie Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (V)	ab 2. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (S)					
L 28 Planung, Durchführung und Auswertung von Humanstudien mit Lebensmitteln	A) Seminar	ab 1. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar Humanstudien (S)					
L 29 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Fleischtechnologie	A) Theorie Fleischtechnik (S)	ab 2. / einsemestrig			B	5
	B) Seminar Fleischtechnik					
L 30 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Getreide-, Back- und Süßwarenherstellung	A) Theorie: Back- und Süßwarenherstellung (S)	ab 3. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar Back- und Süßwarenherstellung (S)					

B: Berufliche Fachrichtung

6. Metalltechnik

6.1. Pflichtmodule

Die Klausurdauer beträgt in der Regel 25 Minuten pro Leistungspunkt (LP), die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt 10 Minuten pro Leistungspunkt.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Konstruktionswerkstoffe	Konstruktionswerkstoffe				K oder M	4	
Steuerungstechnik	Automatisierung – Steuerungstechnik				K oder M	4	
Fertigungsverfahren	Spanen – Modelle, Methoden und Innovationen				K oder M	4	
Analyse beruflicher Arbeitsaufgaben	Analyse beruflicher Arbeitsaufgaben			Praktikumsbericht		2	6
	Praktikum zur Analyse von Arbeitsaufgaben					4	
Didaktik der Technik 2	Labor für Schulversuche			Zusammengesetzte Studienleistung	M (30 min)	2	9
	Analyse und Gestaltung beruflicher Lernsituationen			Zusammengesetzte Studienleistung		2	
	Fachdidaktisches Projekt 1			Zusammengesetzte Studienleistung		2	
	Fachpraktikum Teil 1					3	
Didaktik der Technik 3	Konzepte zum Umgang mit Heterogenität / Inklusion				M (30 min)	2	7
	Fachdidaktisches Projekt 2					2	
	Fachpraktikum Teil 2					3	
Summe						34	

6.2. Wahlpflichtmodule

Im Wahlbereich besteht die Möglichkeit, aus dem Modulkatalog der Fakultät für Maschinenbau zwei verschiedene Module zu wählen.

Für Studierende, die im Rahmen des Bachelorstudiums das Modul Arbeitswissenschaft nicht belegt haben, ist dieses Modul obligatorisch.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Wahlmodul I	Modul aus dem Modulkatalog für den Masterstudiengang der Fakultät für Maschinenbau				K oder M	4
Wahlmodul II	Modul aus dem Modulkatalog für den Masterstudiengang der Fakultät für Maschinenbau				K oder M	4

B: Berufliche Fachrichtung

7. Ökotrophologie

7.1. Pflichtmodule

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Ö 19 Technik und Ökologie im Haushalt	A) Haushaltstechnik (V)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min	6
	B) Haushaltstechnische Verfahren (V)					
Ö 20 Wirtschaftslehre der Ökotrophologie	A) Ökonomie des privaten Haushalts (S)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Betriebswirtschaftliche Organisation von hauswirtschaftlichen Dienstleistungsbetrieben (S)					
Ö 21 Lebensmittelrecht und Verbraucherrecht	A) Vorlesung	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	4
	B) Übung					
Ö 22 Spezielle Aspekte hauswirtschaftlicher Versorgungs- und Betreuungsprozesse	A) Versorgungs- und Betreuungsbedarf in speziellen Lebenssituationen I (S)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Versorgungs- und Betreuungsbedarf in speziellen Lebenssituationen II (S)					
Ö 23 Spezielle Humanernährung	A) Pathophysiologie und Pathobiochemie ernährungsassoziierter Erkrankungen (V)	ab 2. / einsemestrig			R oder HA oder K oder M	6
	B) Einführung in Pharmakologie und Toxikologie (S)					
	C) Ernährung in Prävention und Therapie (S)					
Ö 24 Berufsfelddidaktik 1: Schulpraktische Studien	A) Vorbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 1. / einsemestrig			PB	6
	B) Durchführung des 2. Schulpraktikums (P)	4 Wochen				
Ö 25 Berufsfelddidaktik 2: Schulische Praxis	A) Nachbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Spezielle Fragen der Fachdidaktik und Methodik (S)					
Summe						37

7.2. Wahlpflichtmodule

Ein Modul ist zu wählen. Es kann nur ein Modul gewählt werden, das nicht bereits im Bachelorstudiengang Technical Education gewählt worden ist.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Ö 15 Entwicklung des Menschen über die Lebensspanne	A) Theorien der Entwicklungspsychologie (S)	ab 1. / einsemestrig			R oder HA oder M ca. 20 min	5
	B) Entwicklung über die Lebensspanne (S)					
Ö 16 Kommunikative und soziale Kompetenzen in personenorientierten Versorgungs- und Betreuungsprozessen	A) Kommunikationsprozesse und kommunikative Kompetenzen (S)	ab 2. / einsemestrig			PR oder R oder Ü	5
	B) Kommunikative Interventionsstrategien (S)					
Ö 26 Angewandte Haushaltstechnik	A) Grundlagen der angewandten Haushaltstechnik (S)	ab 2. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar					
Ö 27 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung	A) Theorie Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (V)	ab 2. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung					
Ö 28 Planung, Durchführung und Auswertung von Humanstudien mit Lebensmitteln	A) Seminar	ab 1. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar					
Ö 29 Lebensmittelsicherheit	A) Qualitätsmanagement und Monitoring (S)	ab 1. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar					
Ö 30 Marketing für Lebensmittelwissenschaft und Ökotrophologie	A) Grundlagen von Marketingkonzeptionen (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Exkursion und Übungen zu speziellen Marketingkonzeptionen (Ü)					

C: Unterrichtsfächer

1. Biologie

1.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis	Vorlesung und Praktikum Zoologische Systematik und Artenkenntnis	1 oder 3		3	K 60	6	
Grundlagen der Ökologie	Vorlesung Grundlagen der Ökologie	2 oder 4		1	K 60	6	
	Vorlesung Großlebensräume der Erde						
	Geländepraktikum						
Biomathematik	Vorlesung Biomathematik	4		1	K 120	4	
	Übung zur Biomathematik, Biometrie, Epidemiologie						
Fachpraktikum	Vorbereitung auf das Fachpraktikum	Ab 1.		1	PB	6	3
	Praktikum in der Schule (2 Wochen)						3
Summe						22	

1.2. Wahlpflichtmodule

Ein Modul ist zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mikrobiologie II	Vorlesung und Praktikum Mikrobiologie	2 oder 4		2	K 60	6
Tier- und Humanphysiologie II	Vorlesung und Praktikum Tier- und Humanphysiologie II	2 oder 4	Tier- und Humanphysiologie I	2	K 60	6
Einführung in die Entomologie	Vorlesung und Praktikum: Einführung in die Entomologie	4		1	PRO	6

C: Unterrichtsfächer**2. Chemie**

Studierende, die die Voraussetzungen zur Zulassung zu den Praktika nicht erfüllen, können in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zulassung trifft die Praktikumsleiterin oder der Praktikumsleiter.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V= Vorlesung, Ü= Übung, P= Praktikum, S= Seminar

2.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltung	Sem.	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Voraussetzungen für die Zulassung zum Praktikum	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Physikalische Chemie 1	4 V Physikalische Chemie I	2,4,6	Keine	K 180	Keine	Keine	7
	Ü Physikalische Chemie I	2,4,6					
Mathematik 1	2 V Mathematik I	1,3,5	Keine	K 120 zur Mathematik I	Keine	Keine	4
	1 Ü Mathematik I	1,3,5					
Fachpraktikum	Begleitende Lehrveranstaltung und 2 Wochen Schulpraktikum	1,2,3 1,2,3	Keine	Haus- und Präsenzübungen	Keine	PB	4
Fachdidaktik Chemie 3	Demonstrationspraktikum	1, 3	Keine	Keine	Keine	S	4
Summe							19

2.2. Wahlpflichtmodule

Es sind Wahlpflichtmodule im Umfang von 9 LP zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltung	Sem.	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Studienleistungen	Voraussetzungen für die Zulassung zum Praktikum	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Anorganische Chemie 2 für Lehramt	2 V Anorganische Chemie II 4 P Anorganische Chemie I 2 S zum P Anorganische Chemie I	3, 5	Abgeschlossenes Seminar und abgeschlossenes Praktikum aus Anorganische Chemie 2 für Lehramt	S zum P Anorganische Chemie I (eigener Vortrag und Anwesenheitspflicht) P Anorganische Chemie I		M 30	9
		3, 5					
		3, 5					
Physikalische Chemie 2 für Lehramt	1 V Aufbau der Materie für Lehramt 1 S Experimentalphysik 1 S Physikalische Chemie 5 P Physikalische Chemie I	3	Abgeschlossenes Seminar und Praktikum aus Physikalische Chemie 2 für Lehramt	P Physikalische Chemie I	Physikalische Chemie 1, Mathematik für Lehramt und abgeschlossene P aus Analytische Chemie 2 für Lehramt	M 30	9
		3					
		3					
		3					
Organische Chemie 2 für Lehramt	1 V Organische Chemie für Lehramt 7 P Organische Chemie I 3 S zum P Organische Chemie I	4, 6	Abgeschlossenes Seminar und Praktikum aus Organische Chemie 2 für Lehramt	P Organische Chemie I S zum P Organische Chemie I	Abgeschlossene P aus Analytische Chemie für Analytische Chemie 2	K 180	9
		4, 6					
		4, 6					

C: Unterrichtsfächer

3. Deutsch

Prüfungs- und Studienleistungen eines Moduls können nicht in ein und derselben Veranstaltung erbracht werden. Die Studierenden wählen in Absprache mit den Lehrenden, in welcher Veranstaltung des Moduls sie die jeweilige Leistung erbringen.

3.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
FP TE Fachpraktikum Technical Education	Vorbereitung auf das Fachpraktikum: 1 Veranstaltung in der Literaturdidaktik <i>oder</i> der Sprachdidaktik	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	PF 10-20 od. FP 10-15	8	5
	Praktikum in der Schule (2 Wochen)						3
Summe						8	

3.2. Wahlpflichtmodule

Es sind zwei Wahlpflichtmodule zu wählen, die noch nicht in der Bachelorphase belegt worden sind. Dabei muss ein Modul aus dem Bereich Literatur (L3-L4) und eines aus dem Bereich Sprachwissenschaft (S 3-S 5, S 7) nachgewiesen werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 3 Literaturgeschichte	L 3.1 Literatur bis 1830 (Vorlesung od. Seminar)	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. M 20–30 od. PR/A 5-10 od. PR 20	10
	L 3.2 Literatur ab 1830 (Vorlesung od. Seminar)					
L 4 Medien - Kultur - Wissen	Vorlesung od. Seminar	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. M 20–30 od. PR/A 5-10 od. PR 20	10
	Seminar					
S 3 Sprache, Gesellschaft und Medien	Vorlesung od. Seminar	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20 od. M 20-30	10
	Seminar					
S 4 Deutsch in Geschichte und Gegenwart	Vorlesung od. Seminar	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20 od. M 20-30	10
	Seminar					
S 5 Bedeutung und Gebrauch von Sprache	Vorlesung od. Seminar	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20 od. M 20-30	10
	Seminar					
S 7 Theorie und Praxis des Deutschen als Fremd- und Zweitsprache	S 7.1 Theorieseminar	Ab 1.	Für S 7.2: S 7.1	1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR20 od. M 20–30	10
	S 7.2 Praxisseminar					

C: Unterrichtsfächer

4. Englisch

4.1. Pflichtmodule

Für das Modul *Advanced Methodology of Teaching English as a Foreign Language mit Schulpraktikum* gilt:

Eine Ausnahmeregelung besteht für diejenigen Studierenden, denen ein Aufenthalt als *Teaching Assistant* o.ä. als Fachpraktikum angerechnet wird. Die Prüfungsleistung besteht für sie aus der Bearbeitung eines „Teaching Assistant Portfolios“ und einer 20-minütigen mündlichen Prüfung nach Rückkehr.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Intermediate and Advanced Linguistics	LingF3 (2 SWS) Survey Class	Ab 1.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	HA (5000 Wörter) oder PR/A (4000 Wörter) oder K (90 Min.) oder M (30 Min.)	7	
	LingA1 (2 SWS) Projects in Linguistics oder LingA2 (2 SWS) Seminar						
Advanced Language Practice	SP3 (2 SWS)	Ab 1.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	K (90 Min.) oder Essay (2000 Wörter)	6	
	SP4 (2 SWS)						
Advanced Methodology of Teaching English as a Foreign Language mit Schulpraktikum	DidA1 (2 SWS) Culture, Text & Media oder DidA2 (2 SWS) Language & Media	2.-3.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	HA (5000 Wörter) oder PR/A (4000 Wörter) oder K (90 Min.) oder M (30 Min.)	9	6
	DidPA (2 SWS) Planung und Analyse von Englischunterricht						3
	Schulpraktikum (2 Wochen)						
Summe						22	

4.2. Wahlpflichtmodule

Studierende wählen das Modul, das sie noch nicht im Bachelorstudium absolviert haben.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Survey American Literature and Culture	AmerF2.1 (2 SWS) Seminar	Ab 1.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	K (60 Min.)	6
	AmerF2.2 (2 SWS)					
Survey British Literature and Culture	BritF2.1 (2SWS)	Ab 1.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	K (60 Min.) oder M (20 Min.)	6
	BritF2.2 (2 SWS)					
Summe						6

C: Unterrichtsfächer

5. Evangelische Religion

5.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul 7 Fachwissenschaftliche Differenzierung	VM 7a Biblische Hermeneutik und	3.	-	1 Studienleistung	HA (15 S.)	10
	VM 7b Kernprobleme der Systematischen Theologie und Ethik oder VM 7c Christliche Motive in der Kultur(-geschichte) – Phänomenologie und Hermeneutik					
Aufbaumodul 5 Berufskompetenz	AM 2c Ökumenisches und interreligiöses Lernen in religionspädagogischen Handlungsfeldern	1.	-	1 Studienleistung	M 30	10
	AM 3b Religionspädagogik im fächerübergreifenden und weltanschaulichen Dialog					
	VM 6b Beruf: Religionspädagoge/in – arbeiten an einem Selbstkonzept					
Aufbaumodul 7 Fachpraktikum	AM 7a Fachpraktikum	2.	-	1 Studienleistung	HA (10-12 S.)	8
	VM 6d Planung und Analyse von Unterricht (Werkstattseminar mit Unterrichtsbezug)					
Summe						28

C: Unterrichtsfächer

6. Katholische Religion

6.1. Pflichtmodule

Eine der Studienleistungen in den Vertiefungsmodulen oder Aufbaumodulen muss in einer Veranstaltung erbracht werden, die von einer evangelischen Dozentin oder einem evangelischen Dozenten und einer katholischen Dozentin oder einem katholischen Dozenten gemeinsam verantwortet wird, sofern im Wahlpflichtbereich nicht Aufbaumodul 5 gewählt wird.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum	Vorbereitende Lehrveranstaltung	2.	-	-	PB (10-12 S.)	7
	Fachpraktikum					
Vertiefungsmodul 5: Kategorien systematisch-theologischer Denks: Moraltheologie/ Christliche Sozialwissenschaften	VM 5a Glaube und sittliches Handeln (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	HA (10-12 S.)	9
	VM 5b Kirche und Gesellschaft (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Vertiefungsmodul 6: Fachdidaktische Differenzierung:	VM 6a Didaktik des Religionsunterrichts (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	6
	VM 6b Methodik des Religionsunterrichts (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Summe						22

6.2. Wahlpflichtmodule

Es müssen Wahlpflichtmodule im Umfang von **mindestens 6 LP** gewählt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	Voraus-setzungen für die Zulassung	Studien-leistung	Prüfungs-leistung	Leistungs-punkte
Vertiefungsmodul 4: Kategorien biblisch-theologischen Denkens: Exegese	VM 4a Exegese und Theologie des AT (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	HA (10-12 S.)	9
	VM 4b Exegese und Theologie des NT (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Vertiefungsmodul 7: Kategorien systematisch-theologischen Denkens: Dogmatik	VM 7a Theologische Anthropologie (2 SWS)	1.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	6
	VM 7b Christologie/ Soteriologie (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Aufbaumodul 4: Theologie im Kontext IV: Religion und Religiosität im gesellschaftlichen Kontext	AM 4a Religionsphilosophie/ Religionskritik (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	6
	AM 4b Religion in biographischer Sozialisation (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Aufbaumodul 5: Theologie im Kontext V: Ökumenische Theologie	AM 5 Ökumenische Theologie - konfessionell-kooperatives Modul	3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	3
Aufbaumodul 6: Theologie im Kontext VI: Theologie interdisziplinär	AM 6 Theologie im Kontext der Wissenschaften - interdisziplinäres Modul	4.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	3

C: Unterrichtsfächer

7. Mathematik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

(1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.

(2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

7.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum	Begleitende Lehrveranstaltung	2 oder 3		Eine Leistung gemäß § 14(2)	P	4
	Schulpraktikum					
Fachdidaktik Mathematik	Fachdidaktische Veranstaltungen im Umfang von mindestens 4 LP	1 und 2		Ü	M oder K	4
Geometrie	VL Geometrie für das Lehramt	Ab 2			K	10
	Übung Geometrie für das Lehramt					
Summe						28

7.2. Wahlpflichtmodule

Sofern das Modul Stochastische Methoden für LbS im Bachelorstudiengang Technical Education noch nicht absolviert wurde, ist dies verpflichtend/obligatorisch. Andernfalls ist das Modul Algorithmische Mathematik für LbS zu absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Stochastische Methoden für LbS	Stochastik A Übung Stochastik A	Ab 5			K	10
	Stochastik B Übung Stochastik B	Ab 6			K	
Algorithmische Mathematik für LbS	Angewandtes Programmieren	Ab 1	Stochastische Methoden für LbS	Ü	K	10
	VL Numerische Mathematik A	Ab 3				
	Übung Num. Math. A					

C: Unterrichtsfächer

8. Physik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

(1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.

(2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

C) „K“ bedeutet eine benotete Klausur. „M“ bedeutet eine mündliche Prüfung. „K“ oder „M“ bedeutet eine benotete Klausur oder mündliche Prüfung nach Wahl des Dozenten. „Ü“ bedeutet Übungen. „L“ bedeutet Laborübung. „R“ bedeutet Referat. „S“ bedeutet Seminarleistung. „PB“ bedeutet Praktikumsbericht, „SI“ bedeutet Sicherheitseinweisung. „MA“ bedeutet Masterarbeit.

8.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum	Begleitende Lehrveranstaltung	3		Eine Studienleistung gemäß § 14(2)	PB	4
	Schulpraktikum					
Fortgeschrittene Fachdidaktik Physik	Fachdidaktische Veranstaltungen der Physik im Umfang von mindestens 4 LP	Ab 1		Jeweils S	M oder K (über FD LV, nicht über PEX)	8
	Praktikum Experimente und Experimentieren im Physikunterricht (PEX)			L und SI		
Moleküle, Kerne, Teilchen, Festkörper für LBS	Moleküle, Kerne, Teilchen, Festkörper	2		Ü	M oder K	6
Summe						18

8.2. Wahlpflichtmodule

Es sind zwei Module zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Festkörperphysik für LBS	Einführung in die Festkörperphysik	Ab 1		Ü	K oder M	5
	Übung Einf. Festkörperph.					
Atom- und Molekülphysik für LBS	Atom- und Molekülphysik	Ab 1		Ü	K oder M	5
	Übung Atom- und Molekülphysik					
Kohärente Optik für LBS	Kohärente Optik	Ab 2		Ü	K oder M	5
	Übung Kohärente Op.					
Strahlenschutz für LBS	Kernphysikalische und kernchemische Grundlagen des Strahlenschutzes und der Radioökologie	Ab 1			K oder M	5

C: Unterrichtsfächer

9. Politik

9.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum und Fachdidaktik	Fachpraktikum (2 Wochen)	1	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	PB (10-12 S.)	8
	Begleitende Lehrveranstaltung					
Summe						8

9.2. Wahlpflichtmodule (20 LP)

Es sind zwei Wahlpflichtmodule zu belegen, die noch nicht im Bachelorstudiengang Technical Education studiert worden sind.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar					
Politische Soziologie und politische Sozialstrukturanalyse	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar					
Internationale Beziehungen, Weltgesellschaft, Europäische Integration	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar					
Politikfelder und politische Verwaltung	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Seminar					
Gesellschaftstheorie	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> HA 7 (Essay) <u>oder</u> Portfolio	10
	Seminar					
Weltgesellschaft und Kulturvergleich	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> HA 7 (Essay) <u>oder</u> Portfolio	10
	Seminar					
Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> HA 7 (Essay) <u>oder</u> Portfolio	10
	Seminar					
Aufbaumodul Arbeit und Organisation	Seminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 15 <u>oder</u> Portfolio	10
	Seminar					

C: Unterrichtsfächer

10. Sozial-/Sonderpädagogik in der beruflichen Bildung

10.1. Pflichtmodule

Studienleistungen sind spätestens bis 6 Monaten nach Beendigung der zugehörigen Lehrveranstaltungen zu erbringen.

In Modul 9 werden die schulpraktischen Studien im Rahmen einer (im Vorlesungsverzeichnis ausgewiesenen) Veranstaltung vor- und nachbereitet.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Modul 7: Gewinn eines wissenschaftlichen Verständnisses der Zielgruppe	7.1 Sichtweisen, Zugänge, Theorien zur beruflichen Förderpädagogik	Empfohlen im 1./2.		1 Studienleistung pro Modul	M 15 oder PrB oder S oder HA jeweils 10-15	7
	7.2 Theorien zu Lebenswelten und Milieus					
	7.3 Verhaltensauffälligkeiten und Einzelfallförderung					
Modul 8: Erarbeitung förderpädagogischer Konzepte (Didaktik und Methodik)	8.1 Spezielle Didaktik und Curriculumentwicklung	Empfohlen im 1./2.		1 Studienleistung pro Modul	M 15 oder PrB oder S oder HA jeweils 10-15	7
	8.2 Lerntheorien, Lernstrategien und Lernschwierigkeiten					
	8.3 Professionalisierung (Diagnostik, Testtheorie, Beratungskonzepte, Teamentwicklung)					
Modul 9: Erarbeitung förderpädagogischer Institutionen, Strukturen und Diskurse	9.1 Begleitveranstaltung zu den schulpraktischen Studien	Empfohlen im 3./4.		1 Studienleistung pro Modul	-	3
Modul 10: Überblick und Verständnis gesellschaftlicher Rahmenbedingungen	10.1 Historische und internationale Aspekte beruflicher Förderpädagogik	Empfohlen im 3./4.		1 Studienleistung pro Modul	M 15 oder PrB oder S oder HA jeweils 10-15	7
	10.2 Gesellschaftliche Exklusion und Desintegration					
	10.3 Wandel der Erwerbsarbeit					
Summe						24

10.2. Wahlpflichtmodule

Das Wahlpflichtmodul dient der gezielten Vertiefung einzelner Teilbereichsthemen aus den Pflichtmodulen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul	2 Lehrveranstaltungen aus den Schwerpunkten der Pflichtmodule	1.-4.		Nachweis über die Veranstaltungen		4

C: Unterrichtsfächer

11. Spanisch

11.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
LBS Vertiefungsmodul Sprachpraxis	LBS E3.1 (4 SWS) Übung Curso superior 1	1.-3.		1 Studienleistung	K 90	9
	LBS E3.2 (4 SWS) Übung Curso superior 2	1.-3.		1 Studienleistung: M 10 oder R 8		
LBS Kombimodul	K S2 (2 SWS) Seminar	1.-3.		1 Studienleistung	HA 15-20 oder PR/A 20-30 oder M 15	10
	K L2 (2 SWS) Seminar	1.-3.				
LBS Aufbaumodul Fachdidaktik mit Fachpraktikum	LBS D3 (2 SWS) Seminar	1.- 3.		1 Studienleistung	PB 15-20	6
	Schulpraktikum (2 Wochen)	1.-3.				3
Summe						28

C: Unterrichtsfächer

12. Sport

Bei der Anmeldung zum Modul „Masterarbeit“ ist der Nachweis der Ersten Hilfe sowie des Deutschen Rettungsschwimmabzeichens in Bronze zu erbringen, sofern diese nicht schon im Bachelorstudium vorgelegt wurden.

12.1. Pflichtmodule

Wenn im Bachelorstudium ein Mannschaftsspiel gewählt wurde, dann muss im Modul „Didaktik und Methodik der Sportarten: Spielen (Bereich C/D)“ ein Rückschlagspiel gewählt werden und umgekehrt. Der Vertiefungsveranstaltung im Modul „Didaktik und Methodik der Sportarten: Weitere Sportarten (Bereich E/Wahl)“ muss im Bachelor- oder Masterstudium eine Einführungsveranstaltung vorausgegangen sein. Des Weiteren dürfen Weit-2 und die VP Wahl nicht in einer Sportart absolviert werden, in der schon eine Exkursion im Bachelorstudium belegt wurde.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester (empfohlen)	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefung der Sportwissenschaft: Naturwiss. Sporttheorie	VP Bew./Tr.1 (2 SWS) Vertiefung bewegungs- oder trainingswiss. Fragestellungen	1.-2.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	HA (15 S.) oder M 20	6
	VP Med.1 (2 SWS) Vertiefung gesundheitswiss. Fragestellungen					
Projektmodul	Proj. (4 SWS) Lehrveranstaltung in Projektform nach Wahl	2.-3.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	HA (20 S.)	6
	Forschung1 (1 SWS) Einführung in Methoden der sportwiss. Forschung					
Didaktik und Methodik der Sportarten: Spielen (Bereich C/D)	Spiel-M 2 weitere EP mit VP aus ELf 1 (C) (4 SWS) oder: Spiel-R 1 EP mit VP aus ELf 1 (D) (4 SWS)	1.-2.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	SP 30 und K 60	6
Didaktik und Methodik der Sportarten: Weitere Sportarten (Bereich E/Wahl)	Weit-2 weitere EP aus ELf 6-9 (2 SWS)	2.-3.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	SP 20 und K 45	6
	VP Wahl in einem bis-her noch nicht vertieften ELf 2-9 (2 SWS)				SP 30 und K 60	
Didaktisches Praktikum	Fachpraktikum (ca. 2 Wochen)	3.	-	1 Studienleistung	Praktikumsbericht (15 S.)	4
	begleitendes Seminar (2 SWS)					
Summe						28

D: Modul Masterarbeit

Bei einer Fächerkombination mit dem Unterrichtsfach Sport ist spätestens bei der Anmeldung zum Modul „Masterarbeit“ der Nachweis der Ersten Hilfe sowie des Deutschen Rettungsschwimmabzeichens in Bronze zu erbringen, sofern diese nicht schon im Bachelorstudium vorgelegt wurden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Masterarbeit	ggf. eine dazugehörige Lehrveranstaltung	4. Semester	mind. 75 LP		M 60	3	20
					MA	17	

Anlage E: Glossar

Im Folgenden sind die Abkürzungen für die Prüfungsleistungen aufgeführt. Durch fachspezifische Abweichungen kann es zu Mehrfachnennungen und Überschneidungen kommen. Der Umfang der Prüfungsleistungen ist in den Fachspezifischen Anlagen teilweise aufgeführt worden (z.B.: K 60 = Klausur im Umfang von 60 Minuten).

BÜ	Bestimmungsübung
E	Essay
EB	Exkursionsbericht
FP	Fachpraktische Prüfung
HA	Hausarbeit
K	Klausur
KO	Kolloquium
L	Laborübung
M	Mündliche Prüfung
MA	Masterarbeit
PB	Praktikumsbericht
PF	Portfolio
PR/A	Präsentation mit Ausarbeitung
PrB	Projektbericht
PR	Präsentation
PRO	Protokoll
R	Referat
S	Seminararbeit
SP	Sportpraktische Präsentation
T	Testat
uK	Unbenotete Klausur
Ü	Übung

Der Senat der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 17.06.2015 gemäß § 41 NHG die nachfolgende Ordnung zur IT-Organisationsstruktur beschlossen. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Ordnung zur IT-Organisationsstruktur für die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

1. Allgemeines

1.1 Gegenstand

Gegenstand dieser Ordnung sind allgemeine Strukturregelungen für die Organisation der Informationstechnologie bzw. der Informationsverarbeitung für die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover. Die Beteiligung der verschiedenen Verantwortungsbereiche innerhalb der Leibniz Universität Hannover wird definiert. Durch die eindeutige Abgrenzung von Aufgaben und Zuständigkeiten sollen Kommunikationsprozesse erleichtert und Fehlentwicklungen möglichst schon im Planungsstadium erkannt und vermieden werden. Durch die Verzahnung der verschiedenen Verantwortungsbereiche soll zudem rascher auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die übergreifende IT-Strategieplanung fortentwickelt werden können. Diese Ordnung orientiert sich an den gesetzlich festgelegten Aufgaben der Leibniz Universität Hannover.

1.2 Abgrenzungen

Diese Ordnung dient nicht dem Zweck, die Planung und den Betrieb von IT an der Leibniz Universität Hannover grundlegend zu regeln. Die Einrichtungen der Leibniz Universität Hannover sind grundsätzlich für den Betrieb und die Benutzung ihrer eigenen IT-Infrastruktur zuständig.

Regelungen zur Gewährleistung der Informationssicherheit an der Leibniz Universität Hannover werden durch die „Ordnung zur IT-Sicherheit in der Universität Hannover“ erläutert und verbindlich festgelegt.

Für den Schutz von personenbezogenen Daten, die von Einrichtungen der Leibniz Universität Hannover im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben verarbeitet werden, gilt insbesondere das Niedersächsische Datenschutzgesetz (NDSG). Diese Ordnung wird ergänzt durch weitere Ordnungen für die Benutzung der IT-Infrastrukturen und zur Regelung des Umgangs mit Informationen.

1.3 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Ordnung erstreckt sich auf alle Einrichtungen der Leibniz Universität Hannover (Fakultäten, wissenschaftliche Einrichtungen, Zentrale Universitätsverwaltung, Stabsstellen, zentrale und sonstige Einrichtungen). Darüber hinaus gelten die einschlägigen Ordnungen der jeweiligen Einrichtungen. Die vorliegende Ordnung kann durch weitergehende Regelungen ergänzt werden, sofern dadurch die Bestimmungen der vorliegenden Ordnung nicht verletzt werden.

2. IT-Organisationsstruktur

Zentrale Rolle in der Führungsebene der Leibniz Universität Hannover für die strategischen IT-Belange ist die Rolle der oder des Chief Information Officer (CIO). Das Präsidium bildet die höchste Entscheidungsinstanz und bestimmt - in Abstimmung mit der oder dem CIO - die strategischen IT-Vorgaben. Von der oder dem CIO wird die übergreifende IT-Strategieplanung erstellt, weiterentwickelt und kontrolliert.

Die oder der CIO wird vom Beirat für Informationstechnik (BIT) beraten. Entscheidungen des Präsidiums zu Fragen von IT-Vorhaben und -Projekten erfolgen auf Basis von Vorlagen zur Beschlussfassung. Die Vorlagen werden auf Basis der Beschlussempfehlungen des Beirats für IT von der oder dem CIO eingebracht. Der BIT ist über die Beschlussfassung des Präsidiums zu unterrichten.

Die Faculty Information Officer Versammlung dient der Beratung und dem Austausch von Fakultäten, Einrichtungen und der Zentralen Universitätsverwaltung zu allen IT-Fragen.

Die operative IT-Verantwortung liegt bei den jeweiligen Leitungen der Einrichtungen.

Die folgende Grafik stellt die IT-Organisationsstruktur der Leibniz Universität Hannover im Überblick dar. Eine Beschreibung ihrer Rollen, Aufgaben und Zuständigkeiten erfolgt in den sich anschließenden Abschnitten.

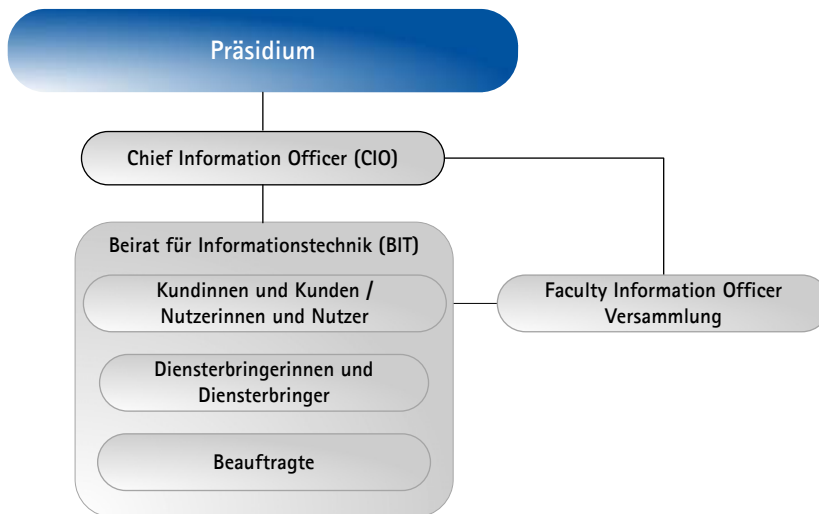


Abbildung 1 Übersicht IT-Organisationsstruktur der Leibniz Universität Hannover

2.1 Chief Information Officer

Für die Leibniz Universität Hannover wird eine oder ein Strategischer CIO mit Stabsstellenfunktion eingesetzt. Die Funktion des CIO kann in Personalunion mit weiteren Ämtern oder Funktionen ausgeübt werden. Die Hochschulleitung bestellt die oder den CIO nach Zustimmung des Senats. Die Amtszeit beträgt drei Jahre. Verlängerungen der Amtszeit sind möglich. Die oder der CIO wird vom Beirat für IT (BIT) beraten.

Die oder der CIO ist gegenüber dem Präsidium und dem Senat der Leibniz Universität Hannover berichtspflichtig.

Aufgaben

Die oder der CIO verantwortet die Entwicklung und Anpassung der übergreifenden IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover und trägt dem Präsidium Maßnahmen zu deren Umsetzung als Beschlussvorlage vor. Zu den weiteren Aufgaben gehören die Koordination der übergreifenden IT-Aktivitäten der Leibniz Universität Hannover durch Standards und Richtlinien, das Überwachen der Erreichung strategischer IT-Ziele und das Erheben des Finanzierungsbedarfs für IT-Projekte und -Maßnahmen zur Umsetzung der IT-Strategie. Ausgenommen hiervon sind die Budgets aller IT-Dienstleisterinnen und IT-Dienstleister der Leibniz Universität Hannover zur Sicherstellung des IT-Betriebs. Die oder der CIO vermittelt zwischen Anforderungen der Kundinnen und Kunden und den Möglichkeiten der technischen Umsetzung unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit. Die oder der CIO kommuniziert die IT-Strategie und Maßnahmen gegenüber allen Mitgliedern der Leibniz Universität Hannover und erstellt einen Jahresbericht an den Senat. Die oder der CIO verantwortet den Prozess des IT-bezogenen Risikomanagements und der Kontrolle der Erreichung der strategischen Ziele.

Befugnisse

Die oder der CIO handelt für das Präsidium die Service Level Agreements mit den zentralen IT-Dienstleisterinnen oder IT-Dienstleistern aus und unterzeichnet diese. Die oder der CIO schlägt die Verteilung der Projektmittel für durch das Präsidium genehmigte IT-Projekte und -Maßnahmen zur Umsetzung der IT-Strategie vor.

Vertretung

Vertreten wird die CIO oder der CIO durch die Präsidentin oder den Präsidenten der Leibniz Universität Hannover.

2.2 CIO-Büro

Das CIO-Büro wird von der oder dem CIO geleitet.

Zu den Aufgaben des CIO-Büros zählen neben der Unterstützung der oder des CIO die Geschäftsführung des Beirats für Informationstechnologie (BIT), das Management und die Begleitung von IT-Projekten, die Qualitätssicherung bei IT-Projekten sowie die Beratung zu Fragen der strategischen IT. Das CIO-Büro bereitet Entscheidungen vor und nimmt Aufgaben der Dokumentation und des Berichtswesens wahr. Organisatorisch ist das Büro der Stabsstelle zugeordnet. Die Leitung entscheidet über dessen personelle Besetzung und die Mittelverwaltung.

2.3 Beirat für Informationstechnik

Der Beirat für Informationstechnik (BIT) ist als Beratungsgremium für die oder den CIO in Form eines Forums für Anbieterinnen und Anbieter bzw. Nutzerinnen und Nutzer konzipiert.

Mitglieder des BIT sind:

je eine Vertreterin oder ein Vertreter der zentralen Dienstleister:

- Leibniz Universität IT Services (LUIS)
- Technische Informationsbibliothek und Universitätsbibliothek Hannover (TIB/UB)
- Informations- und Kommunikationstechnik (luK-Technik)
- Niedersächsisches Hochschulkompetenzzentrum für SAP (CCC)
- eLearning Service Abteilung (elsa)

Kunden- und Nutzervertreterinnen sowie Kunden- und Nutzervertreter:

- die Hauptberufliche Vizepräsidentin oder der Hauptberuflicher Vizepräsident
- eine Vertreterin oder ein Vertreter der Zentralen Universitätsverwaltung
- drei Vertreterinnen oder Vertreter der Faculty Information Officer Versammlung
- eine Vertreterin oder ein Vertreter der Studierenden

eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Sicherheitsstab

eine Vertreterin oder ein Vertreter des Gesamtpersonalrats (GPR)

Die oder der Datenschutzbeauftragte ist über die Sitzungen des BIT zu informieren und hat das Recht, sich jederzeit an den Sitzungen zu beteiligen.

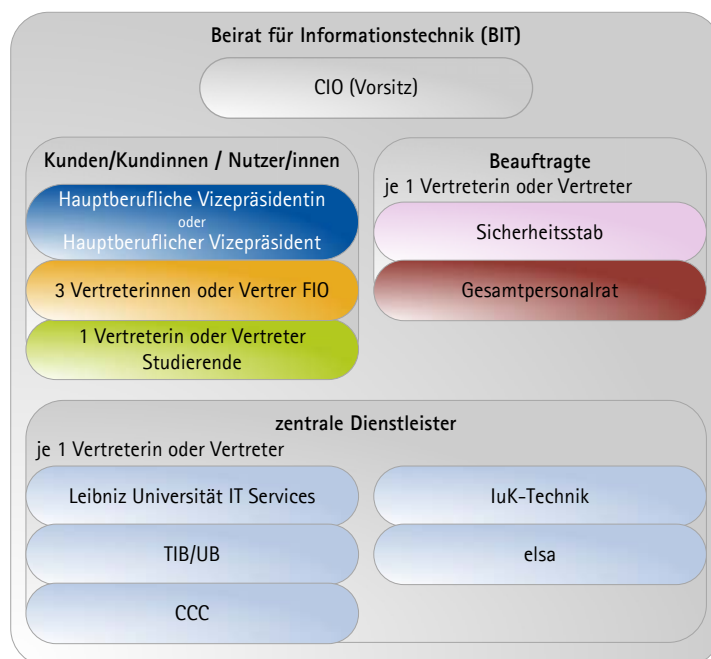


Abbildung 2 Zusammensetzung des Beirat für IT an der Leibniz Universität Hannover

Den Vorsitz im Beirat für IT hat die oder der CIO. Wird die Hauptberufliche Vizepräsidentin oder der Hauptberufliche Vizepräsident zum CIO ernannt, rückt die Vertreterin bzw. der Vertreter der Hauptberuflichen Vizepräsidentin oder des Hauptberuflichen Vizepräsidenten in den BIT nach. Über die Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern der Faculty Information Officer-Versammlung ist die enge Verknüpfung zu den Fakultäten im BIT gewährleistet. Die Ernennung oder Abberufung der Vertreterin oder des Vertreters erfolgt durch die jeweiligen Gruppen. Die Legitimation der studentischen Vertreterin oder des studentischen Vertreters im BIT erfolgt auf Benennung durch den Studentischen Rat. Die Stellvertretung ist, soweit nicht anderweitig benannt, innerhalb der jeweiligen Gruppen festzulegen.

Aufgaben

Der BIT berät die oder den CIO und das Präsidium. Der BIT berät über IT-Leitsätze und -Strategien sowie Standards und Richtlinien, die von der oder dem CIO ins Präsidium eingebracht werden. Zu den weiteren Aufgaben des BIT gehören das Monitoring (u. a. SLA-Reports, Sicherheitsstatus) sowie Aufgaben im Rahmen der strategischen Analyse, Ziel- und Maßnahmenplanung.

Anlassbezogen kann der BIT themenbezogene Arbeitsgruppen (AG) einsetzen, z. B. zur strategischen Analyse, zur Zielplanung oder zum IT-bezogenen Risikomanagement. Die Vorschläge der AGs werden dem BIT zur Beratung vorgelegt.

2.4 Faculty Information Officer, Information Officer ZE/ZUV

2.4.1 Faculty Information Officer

Die Faculty Information Officer (FIO) sind die Interessenvertreterinnen und Ansprechpartnerinnen bzw. die Interessenvertreter und Ansprechpartner ihrer Einrichtung in allen IT-Fragen. Die Ernennung und Abberufung erfolgt durch die Dekanin oder den Dekan und mit Zustimmung des Fakultätsrats. Die Amtszeit beträgt vier Jahre, Verlängerung(en) ist/sind möglich. Eine Stellvertretung ist zu benennen. Soweit die Aufgaben nicht hauptberuflich durchgeführt werden, soll, sofern höherrangiges Recht nicht entgegensteht, für die Tätigkeit als FIO eine zeitliche Entlastung von sonstigen dienstlichen Aufgaben in entsprechendem Umfang gewährleistet werden. Je nach Bedarf können in den Fakultäten weitere Beauftragte zur Entlastung der FIOs benannt werden.

Aufgaben

FIOs kommunizieren die IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover (Leitsätze, Maßnahmen, Ziele und Projekte) innerhalb des zugeordneten Bereichs. Sie koordinieren und leiten die Umsetzung der IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover (Leitsätze, Maßnahmen, Ziele und Projekte) innerhalb des zugeordneten Bereichs. Die FIOs erfassen die Ist-Situation und den Bedarf an IT-Services innerhalb des zugeordneten Bereichs. Sie planen und verantworten (soweit vorhanden) das Budget für zentrale IT-Aufgaben des Bereichs (z. B. ITS¹-Pools der Fakultäten). Die FIOs unterstützen die Leitung des zugeordneten Bereichs bei der Entwicklung einer mit der LUH-Strategie abgestimmten IT-Strategie und formulieren Anforderungen an zentrale Services, an den BIT oder an themenbezogene AGs des BIT.

Die FIOs koordinieren die Arbeit der Beauftragten innerhalb der Fakultäten und sind Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner der zentralen IT-Dienstleisterinnen oder IT-Dienstleister bei Service Requests und Incidents (teilweise delegiert an dezentrale Verantwortliche) sowie bei Eskalationen.

2.4.2 Information Officer Zentrale Universitätsverwaltung

Die oder der Information Officer Zentrale Universitätsverwaltung (IO-ZUV) ist Interessenvertreterin und Ansprechpartnerin bzw. Interessenvertreter und Ansprechpartner der Zentralen Universitätsverwaltung der Leibniz Universität Hannover in allen IT-Fragen. Die Funktion IO-ZUV wird von der Leiterin bzw. dem Leiter der IuK-Technik wahrgenommen. Eine Stellvertretung ist zu benennen. Soweit die Aufgaben nicht hauptberuflich durchgeführt werden, soll, sofern höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht, für die Tätigkeit als IO-ZUV eine zeitliche Entlastung von sonstigen dienstlichen Aufgaben in entsprechendem Umfang gewährleistet werden. Je nach Bedarf können in der Universitätsverwaltung weitere Beauftragte zur Entlastung des IO-ZUV benannt werden.

¹ IT-Infrastruktur für Studierende (ehemals CIP Pool)

Aufgaben

Die oder der IO-ZUV kommuniziert die IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover (Leitsätze, Maßnahmen, Ziele und Projekte) innerhalb der Zentralen Universitätsverwaltung. Die oder der IO-ZUV koordiniert und leitet die Umsetzung der IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover (Leitsätze, Maßnahmen, Ziele und Projekte) innerhalb der Zentralen Universitätsverwaltung. Die oder der IO-ZUV erfasst die Ist-Situation und den Bedarf an IT-Services innerhalb der Zentralen Universitätsverwaltung. Sie oder er plant und verantwortet (soweit vorhanden) das Budget für zentrale IT-Aufgaben des Bereichs. Die oder der IO-ZUV unterstützt die Leitung der Zentralen Universitätsverwaltung bei der Entwicklung einer mit der LUH-Strategie abgestimmten IT-Strategie und formuliert Anforderungen der Zentralen Universitätsverwaltung an zentrale Services, an den BIT oder an themenbezogene AGs des BIT.

Die oder der IO-ZUV koordiniert die Arbeit der Beauftragten innerhalb der Zentralen Universitätsverwaltung und ist Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der zentralen IT-Dienstleisterinnen oder IT-Dienstleister bei Service Requests und Incidents (teilweise delegiert an dezentrale Verantwortliche) sowie bei Eskalationen.

2.4.3 Information Officer Zentrale Einrichtungen

Die oder der Information Officer Zentrale Einrichtungen (IO-ZE) ist Interessenvertreterin und Ansprechpartnerin bzw. Interessenvertreter und Ansprechpartner der Runde der Zentralen Einrichtungen der Leibniz Universität Hannover in allen IT-Fragen. Die Ernennung und Abberufung erfolgt durch die Runde der Zentralen Einrichtungen. Die Amtszeit beträgt vier Jahre, Verlängerung(en) ist/sind möglich. Eine Stellvertretung ist zu benennen. Soweit die Aufgaben nicht hauptberuflich durchgeführt werden, soll für die Tätigkeit als IO-ZE, sofern höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht, eine zeitliche Entlastung von sonstigen dienstlichen Aufgaben in entsprechendem Umfang gewährleistet werden. Je nach Bedarf können weitere Beauftragte zur Entlastung des IO-ZE benannt werden.

Aufgaben

Die oder der IO-ZE kommuniziert die IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover (Leitsätze, Maßnahmen, Ziele und Projekte) innerhalb der Zentralen Einrichtungen. Sie oder er koordiniert die Umsetzung der IT-Strategie der Leibniz Universität Hannover (Leitsätze, Maßnahmen, Ziele und Projekte) innerhalb der Zentralen Einrichtungen. Die oder der IO-ZE hat eine informierende und koordinierende Funktion bei der Ermittlung der Ist-Situation und dem Bedarf an IT-Services innerhalb der Zentralen Einrichtungen. Sie oder er berät die Leitungen der Zentralen Einrichtungen bei der Entwicklung einer mit der LUH-Strategie abgestimmten IT-Strategie und sammelt Anforderungen der Zentralen Einrichtungen an zentrale Services, an den BIT oder themenbezogene AGs des BIT.

2.4.4 Faculty Information Officer Versammlung

Die Faculty Information Officer Versammlung ist ein Beratungs- und Austauschgremium, dem alle FIOs, IO-ZUV, IO-ZE sowie CIO oder ein Mitglied aus dem CIO-Büro angehören. Die FIO-Versammlung entsendet Mitglieder als Vertretung in den BIT.

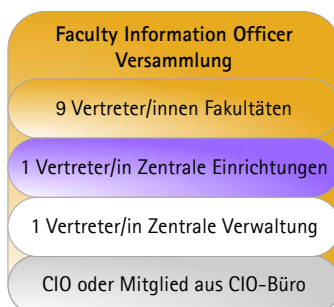


Abbildung 3 Zusammensetzung der FIO-Versammlung an der Leibniz Universität Hannover

Aufgaben

Zu den Aufgaben der FIO-Versammlung gehören die Konsolidierung und Priorisierung von Kundenanforderungen, die Erarbeitung von Vorschlägen für Standards und Richtlinien, das Liefern von Input für strategische Analysen sowie die Identifizierung von Zentralisierungsbedarfen.

2.5 IT-Beauftragte in Einrichtungen

Jede Einrichtung der Leibniz Universität Hannover (wissenschaftliche Einrichtungen, Einrichtungen mit zentraler Funktion, sonstige Einrichtungen) hat eine IT-Beauftragte oder einen IT-Beauftragten zu benennen, die oder der mit der Administration von IT-Systemen betraut sein soll. Die Benennung erfolgt durch die Leiterin oder den Leiter der Einrichtung und entbindet diese oder diesen nicht von der Gesamtverantwortung der in der Einrichtung betriebenen IT. Neben der IT-Beauftragten oder dem IT-Beauftragten können weitere Beauftragte für konkrete, informations- und medientechnische Themen wie Web- oder LSF-Beauftragte benannt werden. Einrichtungen, die IT-technisch kooperieren, können gemeinsam eine IT-Beauftragte oder einen IT-Beauftragten benennen. Wird keine IT-Beauftragte oder kein IT-Beauftragter benannt, so ist die Funktion der oder des IT-Beauftragten von der Leitung der Einrichtung wahrzunehmen.

Die Rolle der oder des IT-Beauftragten ist der oder dem jeweiligen Faculty Information Officer (FIO) mitzuteilen und in das Personen- und Einrichtungsverzeichnis aufzunehmen. Beim Ausscheiden der oder des IT-Beauftragten ist die Nachfolge rechtzeitig zu benennen.

Aufgaben

Die IT-Beauftragten unterstützen die jeweilige Einrichtungsleitung, die oder den zugeordneten FIO sowie die zentralen IT-Dienstleisterinnen oder IT-Dienstleister als Ansprechpartner in IT-Fragen der Einrichtung. Die IT-Beauftragten üben in Abstimmung mit der jeweiligen Einrichtungsleitung die ihnen zugeordneten Kompetenzen in ihren Bereichen aus.

Die IT-Beauftragten sind zuständig für die Erstellung, Pflege und Fortschreibung einer Dokumentation über den gesamten IT-Einsatz der jeweiligen Einrichtung. Hierzu gehört auch die strukturierte Erfassung der Netzinfrastruktur und IT-Verfahren. Hierüber ist die oder der jeweilige FIO zu informieren.

2.6 Beteiligte am IT-Sicherheitsprozess

In der Ordnung zur IT-Sicherheit in der Leibniz Universität Hannover² werden die Rollen und Aufgaben der am Sicherheitsprozess verantwortlich Beteiligten benannt. Hierzu gehören insbesondere die Rollen:

- der oder des zentralen IT-Sicherheitsbeauftragten
- der dezentralen IT-Sicherheitsbeauftragten
- des Sicherheitsstabs

² Leibniz Universität Hannover, Ordnung zur IT-Sicherheit in der Universität Hannover (05/2002 Verkündungsblatt der Universität Hannover vom 24.07.2002, Seite 39 – 41) und dazugehörige Korrektur unter Verkündungsblatt 06/2002, Seite 33.

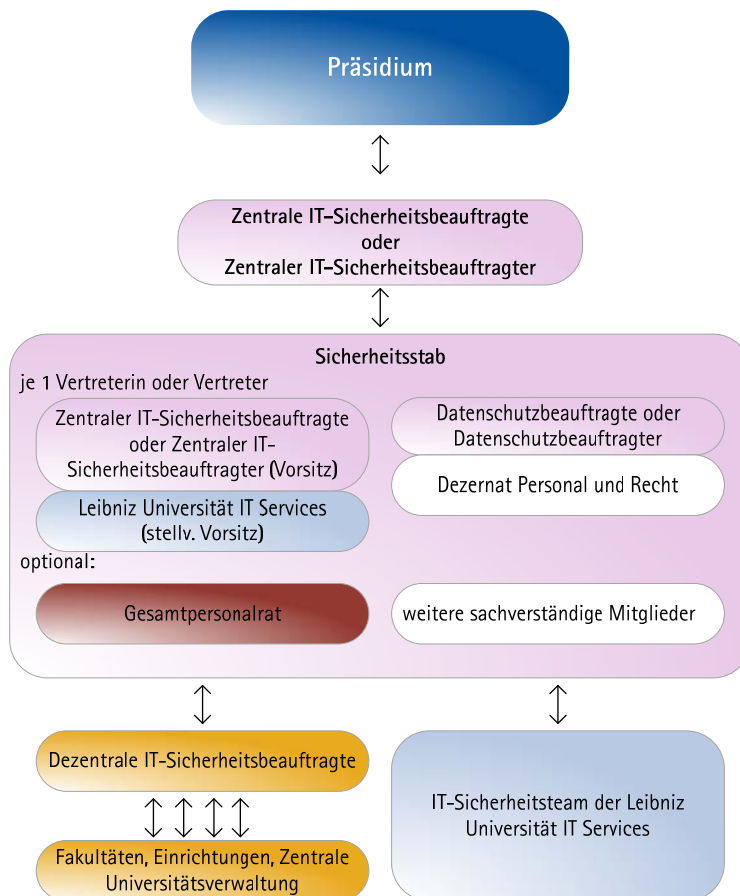


Abbildung 4 Beteiligte am IT-Sicherheitsprozess an der Leibniz Universität Hannover

2.6.1 Zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte oder Zentraler IT-Sicherheitsbeauftragter und Stellvertretung

Der Präsident bestellt eine zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte oder einen zentralen IT-Sicherheitsbeauftragten und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die Rolle der oder des zentralen IT-Sicherheitsbeauftragten kann von der oder dem CIO wahrgenommen werden. Der oder die zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte ist für Konzeption, Umsetzung und Überwachung des IT-Sicherheitsprozesses verantwortlich. Nach § 6 (6) der Ordnung zur IT-Sicherheit ist bei allen relevanten Planungen, Verfahren und Entscheidungen mit Bezug zu IT-Sicherheit die oder der zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte zu beteiligen. Im Kontext IT-Governance bewertet die oder der zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte Ziele und Maßnahmen, definiert Standards und Richtlinien für die IT-Sicherheit, kommuniziert die Sicherheitspolitik, berichtet an die oder den CIO und das Präsidium zur Informationssicherheit und macht Vorschläge zur Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsprozesses.

2.6.2 Dezentrale IT-Sicherheitsbeauftragte und Stellvertretungen

Gemäß § 4 Abs. 2 der Ordnung zur IT-Sicherheit in der Universität Hannover hat jede Fakultät sowie jede zentrale Einrichtung eine dezentrale IT-Sicherheitsbeauftragte oder einen dezentralen IT-Sicherheitsbeauftragten und eine Stellvertretung zu benennen (gemeinsame Beauftragte für mehrere Einrichtungen sind möglich).

In der Ordnung zur IT-Sicherheit sind neben den Aufgaben der Beteiligten auch deren Rechte und Pflichten festgelegt (s. §§ 6, 7, 8 der Ordnung zur IT-Sicherheit).

Nach § 6 (6) der Ordnung sind bei allen relevanten Planungen, Verfahren und Entscheidungen mit Bezug zur IT-Sicherheit die jeweils betroffenen dezentralen IT-Sicherheitsbeauftragten zu beteiligen.

2.6.3 Sicherheitsstab

Der Sicherheitsstab unterstützt die zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte oder den zentralen IT-Sicherheitsbeauftragten, indem er Pläne, Leitlinien und Vorgaben für sämtliche übergreifenden Belange der IT-Sicherheit erarbeitet, Maßnahmen koordiniert, Informationen zusammenträgt und Kontrollaufgaben durchführt (s. § 6 (3) der Ordnung zur IT-Sicherheit).

Ständige Mitglieder des Sicherheitsstabs sind:

- die oder der zentrale IT-Sicherheitsbeauftragte (Vorsitz)
- eine Vertreterin oder ein Vertreter der Leibniz Universität IT Services (stellv. Vorsitz)
- eine Vertreterin oder ein Vertreter des Rechtsdezernats
- die oder der Datenschutzbeauftragte der Leibniz Universität Hannover

Weitere sachverständige Mitglieder werden vom Senat in Abstimmung mit der Präsidentin oder dem Präsidenten benannt. Der Gesamtpersonalrat kann ein beratendes Mitglied benennen.

Der Sicherheitsstab tagt regelmäßig. Der Sicherheitsstab entsendet eine Vertretung in den Beirat für IT.

2.7 Datenschutzbeauftragte oder Datenschutzbeauftragter

Die Leibniz Universität Hannover bestellt eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter gemäß Niedersächsischem Datenschutzgesetz zur oder zum behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Die Aufgaben der oder des Datenschutzbeauftragten bestimmen sich nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz (§ 8a). Generell unterstützt die oder der Datenschutzbeauftragte die Universität bei der Sicherstellung des Datenschutzes und wirkt auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften hin.

2.8 Weitere Beauftragte

Weitere Beauftragte können zur Entlastung von FIOs/IOs für bestimmte Aufgaben (auch operativ) durch die Einrichtungen benannt werden, z.B.

- Webbeauftragte
- LSF-Beauftragte

Sind diese Rollen nicht explizit besetzt, so liegen diese Aufgaben bei der oder dem jeweiligen FIO/IO.

2.9 Personalvertretung

Die Funktion der Personalvertretung ist über das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz (NPersVG) geregelt.

3. Inkrafttreten

Diese IT-Organisationsrichtlinie tritt nach ihrer Verabschiedung im Senat am Tag nach der Verkündung im Verkündungsblatt der Universität in Kraft.